



Sozialdemokratische Partei  
des Kantons Zürich

# Arbeitsgemeinschaft Alter

Information Nr. 14

April 2004

## Abbau in der AHV – Steuergeschenke an die Reichen ?

So krass wurde noch nie sichtbar, was die Politik der rechtsbürgerlichen Mehrheit für die breite Bevölkerung bedeutet, wie in den Abstimmungsvorlagen für den 15./16. Mai: Leistungsabbau in der AHV, vor allem zulasten der Frauen (höheres Rentenalter, Sparschnitt bei den Witwen) bei gleichzeitigen massiven Steuergeschenken an besserverdienende Familien und Hauseigentümer.

Bei der Volksabstimmung vom 15./16. Mai können wir Gegensteuer geben !

Erstmals liegt eine **AHV-Revision** vor, die eine reine Sparvorlage ist. Frühere Versprechen, das flexible Rentenalter sozial abzufedern, werden gebrochen. Mit einem Nein geben wir dieses Paket an den Absender zurück und fordern eine ausgewogenere Lösung.

Für die **langfristige Sicherung der AHV und IV** braucht es hingegen den Finanzierungsbeschluss für künftige Mehrwertsteuerprozente, über den

gleichzeitig entschieden wird. Die Mehrwertsteuer mag unpopulär sein, aber für die Sozialwerke brauchen wir sie.

Das **Steuerpaket**, mit dem Hauseigentümer, gut verdienende Familien und Unternehmen mit rund vier Milliarden beschenkt werden sollen, liegt völlig schief. Im Bund und in den Kantonen werden massive Sparpakete durchgedrückt. Für Familien mit weniger hohem Einkommen, aber auch für Rentnerinnen und Rentner fallen die Abstriche und Mehrbelastungen bei Sozialwerken, Schulen und Gesundheit viel stärker ins

Gewicht als die mögliche Steuereinsparung.

Nach dem doppelten Nein am 8. Februar zum Avanti-Bschiss und zur Verteuerung der Mieten können wir ein weiteres deutliches Signal setzen, um die rechtsbürgerliche Offensive zu stoppen und eine sozialere Politik zu fordern.

## **Ruth Dreifuss spricht in Zürich**

Ruth Dreifuss nimmt wieder öffentlich klar und deutlich Stellung. Sie spricht zwar nicht – wie von uns erhofft - an der Maivorfeier der AG Alter, dafür aber am 1. Mai am SP-Fest, ab 17 Uhr auf dem Turbinenplatz in Züri-West (Nähe Schiffbau). Mit ihr treten der neue SP-Präsident Hans-Jürg Fehr und Isabel Bartal von den SP-Secondas auf.

Wir treffen uns also zum diesjährigen Maifest am 30. April im Volkshaus (siehe beiliegendes Flugblatt) wie am 1. Mai in Züri-West !

## **Zur AHV Sorge tragen: Nein zu dieser Revision**

**Die heutige Rentnergeneration weiss, was sie an der AHV hat. Darum lehnt sie die Abbauvorlage der 11. Revision ab – auch im Interesse künftiger Generationen !**

Die AHV ist stabil. Durch sie ist die frühere Altersarmut verschwunden. In den siebziger Jahren erfolgte der letzte grosse Ausbau mit einer Verdoppelung der damaligen Renten und Prämien. Seither hat die Zahl der Rentnerinnen und Rentner von einer Million auf 1,5 Millionen zugenommen, aber die AHV-Rechnung blieb mit Ausnahme weniger Krisenjahre positiv.

Das beweist, dass neben der Zahl der Rentenbezüger vor allem die wirtschaftliche Lage entscheidend ist. Eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hilft der AHV am meisten. Was die künftigen Rentnerinnen und Rentner brauchen, sind nicht voreilige Abbaumassnahmen, sondern eine sachliche Diskussion über die Leistungen und Finanzierung dieses wichtigsten Sozialwerkes.

Darum wehren wir uns mit einem Nein gegen diese Abbauvorlage und für die Erhaltung und Sicherung der AHV.

## **Ja zur langfristigen Finanzierung der AHV**

Gleichzeitig mit der AHV-Revision müssen wir über zusätzliche Mehrwertsteuerprocente entscheiden: 1 Prozent ab etwa 2009 für die AHV, 0,8 Prozent werden sofort für die IV benötigt.

Die Volksinitiative „Nationalbankgewinne in die AHV“ würde etwa gleich hohe Mehreinnahmen bringen. Falls sie angenommen wird, wäre das zusätzliche Prozent ein Notgroschen für später.

Am 16. Mai geht es um eine Kompetenz für eine künftige Steuererhebung. Zwar ist die Mehrwertsteuer unpopulär, weil sie die unteren Einkommen stärker trifft. Aber die Rechtsbürgerlichen bekämpfen das Mehrwertsteuerprozent, weil sie die AHV aushungern wollen. Ein Nein würde den Weg zu Leistungsabbau und Rentenalter 67 öffnen.

**AHV-Aktionstage 22.-24.**

**April:**

**1 Million Menschen ansprechen**

Vom Donnerstagabend bis Samstag sollen in der ganzen Schweiz eine Million Postkarten verteilt werden. Im Kanton Zürich sind geplant:

22. April, 17 bis 20 Uhr: Verteilaktion an wichtigen Pendlerbahnhöfen (Zürich und Winterthur)

23. April, 10 bis 18 Uhr und 24. April, 10 bis 16 Uhr: Standaktionen auf wichtigen Plätzen in Zürich, Winterthur und einigen grösseren Agglomerationsgemeinden

## **Der Sozialabbau in der 11. AHV-Revision**

Höheres Rentenalter der Frauen 65 (eingesparte Renten und längere Beitragszahlung):

**Fr. 445 Mio.**

Entgegen früherer Versprechen wird nichts für Frühpensionierungen eingesetzt, sondern diese bleiben mit dem vollen Abzug von 6,8 % pro Jahr ein Privileg der Gutverdienenden.

Abbau Witwenrente: keine Rente mehr für kinderlose Witwen

**Fr. 250 Mio.**

Kaufkraftverlust durch langsamere AHV-Renten Anpassung (nur noch alle 3 statt 2 Jahre):

**Fr. 150 Mio.**

Kaufkraftverlust durch langsamere IV-Renten Anpassung (nur noch alle 3 statt 2 Jahre):

**Fr. 27 Mio.**

**Total Fr. 872 Mio.**

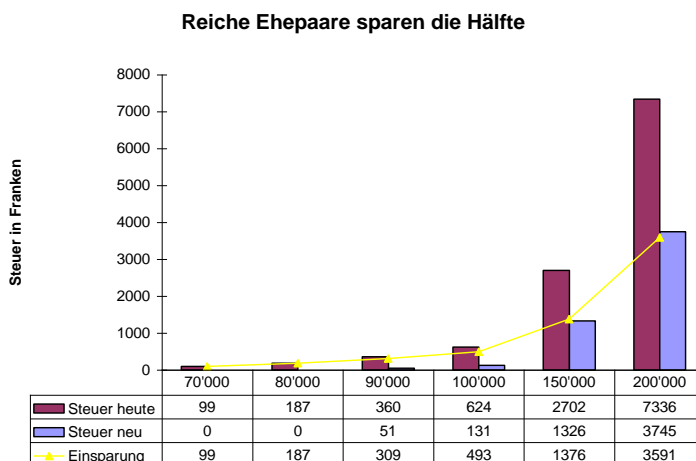
Die AG Alter bittet ihre Mitglieder und Sympathisanten, bei diesen Aktionen aktiv mitzuhelfen. Nähere Auskünfte bei den

Gewerkschaftsbünden des Kantons Zürich  
(01 241 97 97) oder der Stadt Zürich

(01 241 97 92)

## Warum wir das Steuerpaket ablehnen

Mit dem Steuerpaket sollen Bund und Kantone auf rund vier Milliarden Steuerfranken verzichten. Diese kommen aber sehr einseitig vor allem Familien mit höheren Einkommen und Hauseigentümern zugute. Die Grafik zeigt die Folgen für eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von 70'000 gibt es keine oder nur eine minimalen Steuerersparnis – aber wer 150'000 oder mehr verdient, bezahlt nur noch die Hälfte! Auch wir möchten Familien mit Kindern entlasten, aber jene, die wirklich zu wenig haben. Dazu braucht es höhere Kinderzulagen, wie sie die Gewerkschaften fordern, oder Ergänzungszulagen für Familien, wie sie eine von der AG Alter unterstützte kantonale Volksinitiative einführen möchte.



Erst recht sind die Steuergeschenke an die Hauseigentümer abzulehnen, die auch nach Meinung vieler Kantonsregierungen verfassungswidrig sind, weil sie die Ungleichheit gegenüber Mietern noch verschärfen.

## Die Beihilfen bleiben !

Der Kantonsrat hat nun also beschlossen, die Beihilfen nicht zu streichen. Ursprünglich war diese Streichung ja Teil des sogenannten Sanierungsprogramms 04, jenes unsäglichen Potpourris an Sparmassnahmen, mit denen die Finanzen des Kantons wieder ins Lot gebracht werden sollten, nachdem jahrelang die Steuern für die Reichen gesenkt worden sind.

Das Ansinnen der Regierung, die Beihilfen zu streichen, wurde von der SP, den Grünen, der EVP und der CVP, massiv kritisiert. Fraglich war, was die Bürgerlichen, die FDP und die SVP machen würden. Es war bald klar, dass die SVP stur an ihrem Sparkurs festhalten würde. Für eine Überraschung sorgte dann die FDP: sie stellte sich - nach einem

gewissen Zögern – hinter die Beibehaltung der Beihilfen und votierte mit uns dafür, dass sie aus dem Sparpaket herausgenommen werden.

Das hat denn wohl die Freisinnigen zu diesem Schritt bewogen? Tiefere Einsicht? Plötzliche Anwandlungen von Solidarität mit den AHV- und IV-Rentnerinnen und Rentnern? Wohl kaum. Viel mehr hat die Fraktion der Freisinnigen rechtzeitig gemerkt, dass ein Sparpaket, das auch die Streichung der Beihilfen beinhaltet, in einem allfälligen Referendum keine Chance hätte. Sie stimmten gegen die Abschaffung der Beihilfen, um das Referendum gegen das gesamte Sparpaket zu verhindern.

Die Rechnung des Zürcher Freisinns in dieser Sache war wohl sehr einfach: auf der einen Seite stehen die jährlichen 18,7 Mio Franken für die Beihilfen. Auf der anderen Seite steht aber das Sparpaket mit Einsparungen in der Höhe von mehreren Hundert Millionen Franken jährlich. Dieses Gesamtpaket wollte die FDP nicht gefährden.

Nun, uns soll's im Moment recht sein. Die Beihilfen bleiben. Und so rasch wird die Regierung es wohl kaum wagen, wiederum die Hand drauf zu legen...

Ruth Gurny, SP Kantonsrätin

## **Referendum gegen das kantonale Sparpaket**

Gewerkschaften und die Grünen haben das Referendum gegen jene Teile des Sparpaketes angekündigt, die nicht in der Kompetenz der Regierung liegen. Bei Redaktionsschluss ist offen, wer das

Referendum sonst noch unterstützt. Wir werden in unserem nächsten Info auf das Thema zurückkommen.

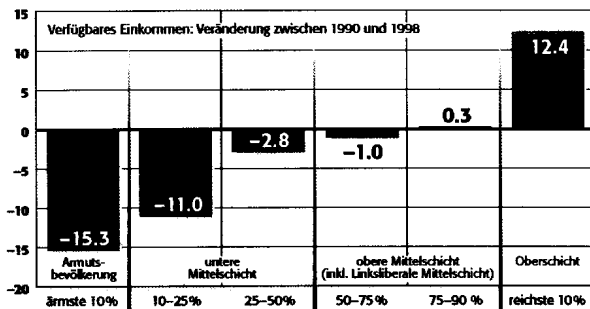
## **Armut im Alter – eine verdrängte Realität**

Immer wieder wird in den Medien die Mär von den reichen Alten kolportiert. Diese Artikel stützen sich in der Regel auf Zahlen über das durchschnittliche Vermögen der älteren Generationen. Aber niemand lebt vom Durchschnitt, sondern in seinen ganz persönlichen Lebensumständen. Wer schon reich war, wird im Alter noch

reicher, wer arm durchs Leben musste, bleibt arm.

Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Die Grafik zeigt, wie sich die Einkommen in der Schweiz von 1990 bis 1998 entwickelten. Die Angaben

dazu haben wir dem Sozialalmanach 2004 der Caritas entnommen.



Das verfügbare Einkommen sank für die ärmsten 10 % der Bevölkerung um 15,3 %, die untere Mittelschicht (untere 10 bis 25 % der Bevölkerung) verlor 11 %. Zugelegt haben nur die 10 % der Reichsten, die ihre Einkommen um 12,4 % steigern konnten. Seither haben sich die Verhältnisse noch weiter verschärft. Spitzenbezüge bis zu 20 Millionen pro Jahr wie bei den Herren Vasella (Novartis) und Ospel (UBS) sind salonfähig geworden.

Die AG Alter hat sich intensiv mit dem Problem der Altersarmut auseinandergesetzt. Die zehn Thesen geben eine Kurzfassung der Standortbestimmung, die in den nächsten Monaten in der Schriftenreihe der SP des Kantons Zürich veröffentlicht werden soll.

***Unterstützen Sie die Arbeit der AG Alter durch einen freiwilligen Beitrag mit dem beiliegenden Einzahlungsschein. Er hilft uns, unsere Aktivitäten fortzusetzen !***

## Zehn Thesen zur Altersarmut

- 1 Altersarmut ist eine Realität, auch wenn sie oft nicht sichtbar ist.
- 2 Die offene Massenarmut im Alter ist nur dank der AHV und den Ergänzungsleistungen verschwunden. Aber ein Drittel derjenigen, die Anspruch auf EL haben, machen diesen nicht geltend.
- 3 Die „reichen Alten“ sind eine Minderheit: im Alter nehmen die Unterschiede noch zu: Reiche werden noch reicher, Arme müssen sich einschränken.
- 4 Nicht die Alten sind unsolidarisch, sondern die Reichen: indem sie die Steuerprogression einschränken, Erbschaftssteuern abschaffen und im Sozialbereich sparen, reduzieren sie den nötigen sozialen Ausgleich.
- 5 Arme und schwer Arbeitende sterben früher: vor dem Tod sind nicht alle gleich.
- 6 Wer in seiner Bildung und Ausbildung benachteiligt war, bleibt es ein Leben lang.
- 7 Die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben wird durch Benachteiligungen während des aktiven Lebens eingeschränkt.

- 8 Migranten sind wegen ihrer schlechteren Startchancen nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch im Alter potentiell benachteiligt.
- 9 Die Arbeitslosen und die Krisenopfer von heute sind aufgrund ihrer Lücken in Einkommen und Sozialversicherungen die Opfer kommender Altersarmut.
- 10 Ganz allgemein ist Altersarmut fast immer die Folge ungerechter gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse.